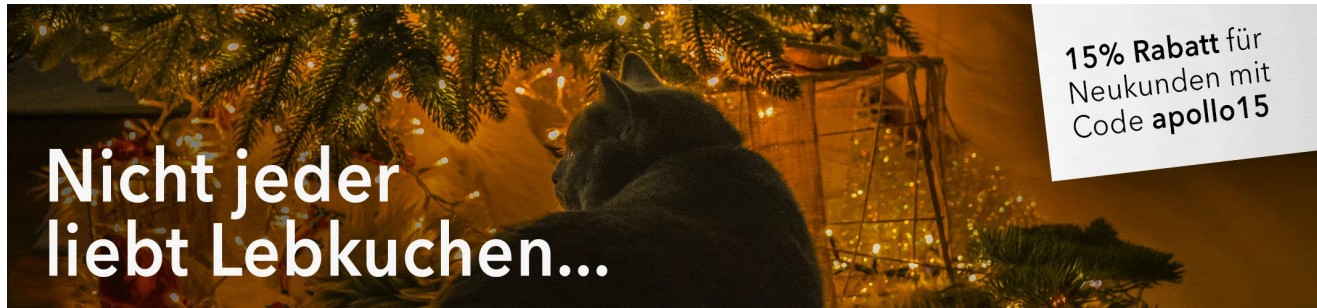


Werbung



11.12.2025 • 48

Allensbach-Studie

Misstrauen gegen den Staat wächst – auch das Bundesverfassungsgericht verliert an Rückhalt

Das Vertrauen in Staat, Politik und Medien ist auf dem Tiefpunkt. Eine neue Allensbach-Umfrage zeigt: Bundesregierung, Bundestag, Parteien und sogar das Bundesverfassungsgericht verlieren deutlich – nur das Grundgesetz bleibt vergleichsweise stabil.



André Hintz



Sogar das Bundesverfassungsgericht hat in der Bevölkerung an Vertrauen eingebüßt (IMAGO/Political-Moments)

Das Vertrauen der Deutschen in Staat, Politik und Medien ist in den vergangenen Jahren spürbar gesunken. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Befragt

wurden gut 1000 Wahlberechtigte zwischen dem 22. November und dem 4. Dezember.

Besonders deutlich verliert die Bundesregierung an Rückhalt: Nur noch 28 Prozent der Bevölkerung vertrauen ihr „sehr“ oder „ziemlich“ – 20 Punkte weniger als noch 2021. Auch das Parlament steht schlechter da: Dem Bundestag sprechen derzeit 36 Prozent ihr Vertrauen aus, vor vier Jahren waren es noch 46 Prozent. Am kritischsten sehen die Bürger jedoch die Parteien: Ihr Vertrauenswert ist von 22 auf 17 Prozent gesunken und bleibt damit auf einem dauerhaft niedrigen Niveau.

Werbung

Auch die Medien verlieren weiter an Ansehen. Vertrauten ihnen 2021 noch 39 Prozent der Befragten, sind es nun nur noch 22 Prozent. Betroffen sind dabei sowohl klassische Angebote wie Zeitungen, Radio und Fernsehen als auch Online-Medien. Der deutliche Rückgang legt nahe, dass sich eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Berichterstattung, insbesondere bei kontroversen Themen, verfestigt hat.

Am besten unter den politischen Institutionen wird weiterhin das Bundesverfassungsgericht bewertet. Doch auch dort zeigt sich ein klarer Rückgang: Vertrauten dem Gericht 2021 noch 81 Prozent, sind es aktuell nur noch 63 Prozent. Das Vertrauen in das Grundgesetz selbst ist im gleichen Zeitraum von 87 auf 79 Prozent gesunken, liegt damit aber weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Werbung

Sicherheit beginnt mit einem Schritt:
Raus aus der EU.

Die Sicherungsstrategie

Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

Trotz sinkender Werte befürwortet eine große Mehrheit die starke Rolle des Karlsruher Gerichts: 74 Prozent finden es richtig, dass das Bundesverfassungsgericht Entscheidungen von Regierung und Parlament aufheben kann, wenn diese gegen das Grundgesetz verstoßen. Knapp die Hälfte der Befragten ist zudem der Meinung, das Gericht dürfe der Politik bei verfassungswidrigen Gesetzen auch konkrete Vorgaben machen.

LESEN SIE AUCH:



Analyse

Verbrenner-Aus schon 2032: Wie die Bundesregierung in Sachen Zukunft des Autos versagt

Matthias Böttger • 9



0,8 Prozent

ifo-Institut senkt Konjunkturprognose und nennt Reformmaßnahmen der Regierung „falsch“

Redaktion • 35

Auf die Causa Brosius-Gersdorf angesprochen, erklärten 54 Prozent der Befragten zustimmend: „Ich finde, es ist das gute Recht der Abgeordneten, Kandidaten für den Richterposten am Bundesverfassungsgericht abzulehnen. Sie sollten niemanden wählen, von dem sie nicht überzeugt sind.“ Die Kandidatin war nach [Recherchen](#) von *Apollo News* öffentlich in die Kritik geraten und aus dem Rennen ausgestiegen.

Teilen:

Zu den Kommentaren (48) ↓

Einmalig

Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:

10 €

15 €

25 €

50 €

100 €

Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per

Pay Pay

3,99 €/mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 €/mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 €/mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 €/mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung

Ihr Kommentar ...